



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 16. März 2018

Band 12, Ausgabe 5

Themen

- Handelskrieg
- Umwelt
- Inneres
- Bundeswehr

«Klare Wahl, reibungsloser Start. Jetzt mit aller Kraft für Deutschland!»

(CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer am Mittwoch zur Wiederwahl von Angela Merkel zur Kanzlerin im Bundestag.)

In dieser Ausgabe:

- | | |
|---|---|
| Handelskrieg schadet Deutschland | 2 |
| Diesel und Desinformation | 2 |
| Abstimmung über AFD-Antrag zu Grenzkontrollen | 3 |
| Baukindergeld kommt | 3 |
| Aus der Fragestunde | 3 |
| Ausstattung der Bundeswehr | 4 |

Wir haben eine Bundesregierung

Am Mittwoch Vormittag dieser Woche wurde Dr. Angela Merkel vom Deutschen Bundestag von 364 Bundestagsabgeordneten erneut zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Im Anschluss wurden sie sowie die Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre der Koalition vereidigt. Damit konnte nach langer Zeit mit nur geschäftsführenden Verwaltungsspitzen die vierte unionsgeführte Bundesregierung in Folge gebildet werden.

Zu Beginn der Woche hatten die Spitzen von CDU, CSU, SPD sowie der Koalitionsfraktionen den Koalitionsvertrag unterzeichnet und damit die politische Grundlage für diese Koalition gelegt. Selbst wenn der Weg hin zur Bildung dieser Regierung alles andere als einfach war, und der Koalitionsvertrag seine Schwächen hat, halten wir fest: Es ist endlich gelungen. Wir Abgeordnete haben unserem Land in dieser Woche eine Bundesre-

gierung gegeben. Und jetzt heißt es: Ärmel hochkrepeln, ran an die Arbeit, und sehen, was wir unter den gegebenen Umständen daraus machen können!



Der Koalitionsvertrag enthält eine ganze Reihe von Vorhaben. Schwerpunkte sollen bei der Digitalisierung, dem Ausbau des schnellen Internets, der Beschleunigung der Planung und des Baus von Straßen und Schienen,



der Stärkung der Schulen durch den Bund sowie bei der Entlastung von Familien gesetzt werden. Damit soll Deutschland stark für die Zukunft gemacht werden.

Zugleich begegnen wir mit einer konsequenten Migrationspolitik, null Toleranz gegenüber Kriminalität und einer angemessenen Renten- und Pflegepolitik den Sorgen der Menschen. Die Unionsfraktion tritt mit dem Anspruch an, alles daran zu setzen, dass wir in dieser Großen Koalition unser eigenes Profil zeigen werden.

Die Menschen in Deutschland sollen sich auf CDU und CSU verlassen können. Mit einer guten Mischung aus neuen Gesichtern und Erfahrung, die wir gerade auch aus Baden-Württemberg in die Bundesregierung eingebracht haben, zeigen wir in der Bun-

desregierung, dass wir auch das richtige Personal dafür haben.

Unser Motto ist: Dynamik für unser Land, Zusammenhalt und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.

Handelskrieg schadet Deutschland

US-Präsident Trump hat bereits für Ende März Strafzölle von 25 Prozent auf Stahl- und 10 Prozent auf Aluminiumeinfuhren angekündigt. Nun droht er auch mit höheren Zöllen auf Autoimporte aus Europa, um insbesondere deutsche Hersteller zu treffen. Nur Kanada und Mexiko sollen bis auf weiteres von Strafzöllen ausgenommen bleiben, weitere in Aussicht gestellte Ausnahmen sind unklar.

Ziel der zuständigen EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström ist es, dass die Europäische Union als enger



Verbündeter der USA ebenfalls ausgenommen wird. Gemeinsam mit den USA und Japan will sie ein Maßnahmenpaket entwickeln, um auf dem Weltmarkt für Stahl vor allem Überkapazitäten aus China zu begegnen. Das ist der richtige Ansatz. Um die zerstörerischen Wirkungen von Handelsschranken zu verdeutlichen, ist es ebenso richtig, dass die EU-Kommission ein WTO-Verfahren einleiten möchte und gleichzeitig eine Liste mit US-Produkten erstellt hat, für die Gegenzölle eingeführt werden könnten. Zudem ist es wichtig, unsere Industrie vor erheblichen

Umlenkungseffekten zu schützen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat von einer ernsten Situation gesprochen. Die Zölle seien nicht sachgerecht. Es gebe weltweit ein gegenseitig vereinbartes System von Einfuhrzöllen: „Was jetzt hier passiert, sind einseitige Aktionen, und die muss man entsprechend beantworten.“ so Merkel. Wichtig seien Gespräche, denn wenn man sich in eine Spirale hineinbewege, komme man nicht voran: „Aber wir müssen unsere eigenen Interessen schützen.“

Unser Ziel muss es sein, eine Spirale des Protektionismus und einen nicht gewinnbaren Handelskrieg mit den USA zu vermeiden.

Diesel und (Des-)Information

Ein großes Thema ist immer noch das Dieseler Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes sowie die gezielte Verbreitung von zumindest zweifelhaften Behauptungen über angebliche Dieseltote durch das Umweltbundesamt, eine nachgeordnete Behörde des Bundesumweltministeriums.

Ich halte nichts von pauschalen Dieselfahrverboten oder einer Verdammung des Verbrennungsmotors und sehe die Meldungen des Umweltbundesamtes kritisch. Die derzeit aufgeheizte Debatte sollte dringend versachlicht werden, so dass



wir bei der Luftreinhaltung zu sinnvollen Lösungen kommen können, mit denen Maß und Mitte gewahrt bleiben.

Die verkehrsbedingten Stickoxidemissionen (NOx) sollen zwischen den Jahren 1990 und 2015 laut Informationen ebendieses Umweltbundesamtes um 70 Prozent gesunken und das bei zunehmender Verkehrsleistung. Nur an einigen wenigen Plätzen in Ballungsgebieten werden die zulässigen Jahresmittelwerte überschritten. Dabei entspricht die Platzierung von Messstellen in einigen Fällen anscheinend nicht den maßgeblichen

Bestimmungen des Bundesimmissionschutzgesetzes, das auf die Messung der Luftqualität der Umgebungsluft mit ihren Immissionen und nicht die Messung der Autoabgase als Emissionen abstellt. Hierzu habe ich der Bundesregierung eine Frage gestellt, die kommenden Mittwoch in der Fragestunde beantwortet werden müsste. Denn schon wenige Meter neben der Messstation sind die Werte deutlich niedriger. Die Stickoxidbelastung ist kein flächendeckendes, sondern jeweils ein ortsabhängig räumlich eingegrenztes, punktuell Problem. Entsprechend scheint mir ein flächendeckendes Fahrverbot nicht die geeignete Antwort für eine effektive und effiziente Problemlösung zu sein.

Abstimmung über AFD-Antrag zu Grenzkontrollen

Heute haben wir im Plenum des Deutschen Bundestages über den Antrag der AFD-Fraktion „Umfassende Grenzkontrollen sofort einführen — Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt“ debattiert und anschließend den Antrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Auch ich habe gegen den Antrag gestimmt.

Einerseits weist der Antrag in die richtige Richtung und zeigt notwendige Schritte auf, wie wir geltendes Recht in

unserem Gemeinwesen wieder zur Geltung verhelfen und aus der Migration entstandene Probleme in den Griff bekommen könnten. Dies unterstütze ich.

Andererseits ist die neue Bundesregierung gerade einmal zwei Tage im Amt, so dass die für einen befriedigenden Grenzschutz notwendigen Schritte - von der Einstellung neuen Personals, dessen Ausrüstung, über die Einsatzplanungen bis hin zu etwaig notwendigen Grenzbefestigungen und anderen Bauten -

kurzfristig nicht zu stemmen wären.

Außerdem hat Bundesinnenminister Seehofer unlängst sein Ziel der Aufrechterhaltung von Grenzkontrollen sowie der Ergreifung wirksamer Maßnahmen für ein funktionierendes Asylantragsbearbeitungs- und Abschieberegime bekräftigt. Ich erwarte daher in absehbarer Zeit sein stimmiges und umfassendes Konzept für die wirksame Lösung von ausgefertigten Migrationsproblemen.

Baukindergeld kommt!

Mit dem Baukindergeld sollen junge Familien dabei unterstützt werden, sich den Traum vom eigenen Heim zu verwirklichen.

Dafür wollen wir für den Ersterwerb von Neubau oder Bestand ein Baukindergeld als Zuschuss aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 1.200 Euro je Kind und pro Jahr einführen, das über einen



Zeitraum von 10 Jahren gezahlt wird. Das Baukindergeld soll flächendeckend bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 Euro zu versteuern dem Haushaltseinkommen pro Jahr und zusätzlich 15.000 Euro pro Kind gewährt werden.

Für eine erfolgreiche Eigenheimerwerb durch junge Familien müssen dann nur noch Städte und Gemeinden Möglichkeiten zum Erwerb bzw.

zur Schaffung geeigneten Wohnraum etwa durch die Ausweisung von Bauland schaffen.

Das Baukindergeld ist im Koalitionsvertrag fest verankert. Noch sind auch nicht alle Details geklärt und viele Menschen warten bereits darauf. Ich gehe davon aus und werde mich dafür einsetzen, dass die neue Bundesregierung sehr zügig diese noch offenen Fragen zum Baukindergeld entscheiden und das Baukindergeld zügig einführen wird.

Aus der Fragestunde

Diese Woche ist die Fragestunde des Deutschen Bundestages wegen der Wahl der Bundeskanzlerin und der Einsetzung der Bundesregierung ausgefallen.

Vergangene Woche hatte ich die Bundesregierung schriftlich nach ihrer Haltung zu Meldungen befragt, wonach beim Rückbau ausgedienter Windkraftanlagen trotz bestehender

Rückbauverpflichtung die Rückbauverpflichteten die Fundamente bzw. Teile davon im Boden belassen. Denn bei 200 Windrädern, die z. B. in Dithmarschen seit 2012 abgebaut wurden, sind weite Teile der Fundamente im Boden verblieben. Dabei ist der Rückbau von Windkraftanlagen bereits 2004 als Problem erkannt worden. Es heißt seitdem im Baugesetz-

buch, dass die Anlagen nach dauerhafter Nutzung zurückzubauen und die Bodenversiegelungen zu beseitigen seien.

In ihrer Antwort verweist die Bundesregierung darauf, dass gemäß Grundgesetz der Vollzug des Bauplanungsrechtes in den Zuständigkeitsbereich der Länder fällt, und dort die oberste Bauaufsichtsbehörde dafür zuständig sei.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Eigentlich drängt fast alles, was wir uns vorgenommen haben.»

(Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am Montag in Berlin auf die Frage, welche Aufgabe die große Koalition nach den langen Verhandlungen als erste angehen wolle.)

Ausstattung der Bundeswehr

Meldungen über eine ungenügende Einsatzbereitschaft und Ausrüstung der Bundeswehr haben in den letzten Wochen viele Zeitungen gefüllt. Und in der Tat läuft die Anpassung der Bundeswehr an die geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen nach 1990 nicht rund. Die notwendige Konzentration der knappen noch zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auf immer mehr Einsätze führte über die Jahre zu einem schleichenden und aus heutiger Perspektive nachhaltigen Substanzverlust. Neben Ausstattungsmängeln zählen hierzu auch eine signifikante gesunkene Bevorratung etwa von Ersatzteilen und Munition, die die Ausbildungs- und Übungstätigkeit der Truppe einschränkt.

Unsere Bundeswehr muss aber einsatzbereit sein: Gerade die neu erfolgte Akzentuierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung stellt die Truppe nach der langen Zeit des Schrumpfens und Sparens vor große Herausforderungen, denn eine schnelle Reaktionsfähigkeit erlaubt keine nachhaltigen Lücken in der Ausstattung unserer Verbände und Einheiten.

Deshalb haben wir in der zurückliegenden Legislaturperiode eine Reihe von Trendwenden eingeleitet: Die Bun-

deswehr wächst wieder und wir haben begonnen, sie auch in der Breite mit modernem Material ausstatten. Mehr noch, wir wollen unsere Streitkräfte durch kontinuierliche Investitionen stetig erneuern und modern halten.



Quelle: Deutscher Bundestag

So haben wir zum Jahreswechsel wieder eine militärische Personalstärke von rund 183.000 Soldaten einschließlich unserer Reservisten erreicht, davon über 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten. Bis zum Jahr 2024 haben wir eine Personalstärke von 198.000 Soldaten und 64.400 zivilen Mitarbeitern als Ziel.

Wir konnten in der vergangenen Legislaturperiode 77 Beschaffungsvorhaben von über 25 Millionen Euro mit einem Gesamtvolumen von rund 31 Milliarden Euro auf den Weg bringen — eine Verfünffachung im Vergleich zu den vier Jahren davor. Wir haben unsere Bestände bei den ungepanzerten und gepanzerten Radfahrzeugen deutlich erhöht, die Einführung des Schützenpanzers Puma hat begonnen, die Einführung eines neuen Hub-

schraubers für unsere Spezialkräfte ist wie vorgesehen abgeschlossen worden. Weitere Beschaffungen wurden auf den Weg gebracht, unter anderem zur vollständigen Ausstattung unserer Panzerbataillone und zur Einführung des 2. Loses unserer Korvette K130 und zweier neuer U-Boote.

Durch die Verbesserung unserer internen Prozesse und substantielle Steigerungen der Mittel für die Materialerhaltung ist es uns zudem gelungen, die Anzahl der einsatzbereiten Hauptwaffensysteme in den letzten drei Jahren um ca. 550 zu steigern. Gleichwohl muss die Einsatzbereitschaft gerade bei den Waffensystemen weiter verbessert werden, die seit Jahrzehnten im Dienst sind (Leopard 2 und Marder) und insbesondere durch einsatzgleiche Verpflichtungen (z.B. Enhanced Forward Presence) und eine signifikant verstärkte Übungstätigkeit einer deutlich intensivierten Nutzung unterliegen.

Der eingeschlagene Weg ist richtig. Wir brauchen jetzt Zeit, Geduld und eine Finanzausstattung, die es uns ermöglicht, substantiell mit der Modernisierung voranzukommen. Nur dann können wir nach 25 Jahren Schrumpfung die Einsatzbereitschaft unserer Bundeswehr wieder herstellen und die positiven Modernisierungstrends der vergangenen Jahre nachhaltig zum Erfolg führen.